

Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE im Kreistag Teltow-Fläming



Landkreis Teltow-Fläming • Kreistag • SPD-Fraktion
Am Nuthefließ 2 • 14943 Luckenwalde

Luckenwalde, 16.02.2017

Gemeinsamer Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen SPD, CDU und DIE LINKE zur Vorlage Nr. 5-3077/17-IV Stellungnahme des Landkreise Teltow-Fläming zum Referentenentwurf des MIK „Gesetz zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte und zur Änderung anderer Gesetze“

Sachverhalt

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht die Fusion der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald vor. Dem entgegen steht der Beschluss des Kreistages Teltow-Fläming vom 27.04.2015 (5-2343/15KT), in dem der KT keine Notwendigkeit sieht, die Eigenständigkeit des Landkreises aufzugeben. Die vorliegende Stellungnahme des Landkreises zu oben genannten Gesetzentwurf begründet nochmal ausführlich und hinreichend, die Selbstständigkeit des Landkreises Teltow Fläming. Die SPD-Fraktion sieht keine ausreichend begründete Notwendigkeit die Selbstständigkeit des Landkreises aufzugeben und unterstützt deshalb ausdrücklich die Stellungnahme des Landkreises. Das gilt auch und insbesondere für die Beibehaltung von Luckenwalde als Kreisstadt.

1. Änderungsvorschlag zum Beschlussvorschlag:

Der Punkt 2 der Beschlussvorlage Nr. 5-3077/17-IV ist wie folgt zu ändern:

...Eigenständigkeit des Landkreise Teltow-Fläming **mit seiner Kreisstadt Luckenwalde fest.**

2. Änderungsvorschlag zum Resüme

Der bisherige Text des Resümees wird gestrichen und durch nachfolgenden Text ersetzt:

Zusammenfassend sind folgende Feststellungen zu treffen:

- 1. Der Gesetzentwurf enthält wesentliche systematische Fehler, weil er die Gebietsreform vor die Funktionalreform setzt und diese nicht daraus begründet. Er ist ungeeignet Kommunale Selbstverwaltung und Bürgernähe zu stärken.*
- 2. Die im Gesetzentwurf verwendeten statistischen Fakten und Annahmen, erlauben keine schlüssige und hinreichende Begründung der Fusion der Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald. Das trifft insbesondere auf die Demografie und zu erwartende Synergieeffekte zu. Die dem Gesetzentwurf zu Grunde liegenden Bevölkerungsentwicklungszahlen für die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald sind veraltet.*
- 3. Der Gesetzentwurf lässt auch völlig offen, wie in größeren Territorien eine effektive ehrenamtliche Tätigkeit möglich ist. Größere räumliche Strukturen erfordern mehr Zeit und verursachen Kosten. Bürgerinnen und Bürger erwarten von ehrenamtlicher Kreistagsarbeit Sachkunde und Bürgernähe. Unter den im Gesetzentwurf angenommenen Rahmenbedingungen ist diese durch das Ehrenamt nicht mehr zu leisten. Damit besteht die Gefahr, dass demokratisch legitimierte kommunalen Vertretungen nachhaltig an eigener Lagekenntnis und damit an Glaubwürdigkeit verlieren.*
- 4. § 1 Abs. 3 „Auflösung des Landkreises“ sowie § 4 „Neubildung des Landkreises Dahmeland-Fläming“ des Gesetzentwurfes zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte im Land Brandenburg und zur Änderung anderer Gesetze sind deshalb wegen unzureichender Begründung abzulehnen.*

Helmut Barthel
SPD-Fraktion

Danny Eichelbaum
CDU-Fraktion

Hans-Jürgen Akuloff
Fraktion DIE LINKE